

INTERNATIONALE FRIEDENSBRIGADEN - GUATEMALA PROJEKT

PIM - MONATLICHE INFORMATIONEN ÜBER GUATEMALA

Nummer 95, August 2011

1. AKTUELLE LAGE DER MENSCHENRECHTE
2. PROJEKTAKTIVITÄTEN IN GUATEMALA
 - 2.1 TREFFEN MIT GUATEMALTEKISCHEN AUTORITÄTEN UND DIPLOMATISCHEM CORPS
 - 2.2 TREFFEN MIT ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT
 - 2.3 BEGLEITUNGEN
 - 2.4 FOLLOW-UP
 - 2.5 BEOBACHTUNGEN
3. AKTIVITÄTEN AUSSERHALB VON GUATEMALA

1. AKTUELLE LAGE DER MENSCHENRECHTE

STRAFLOSIGKEIT

Todesdrohungen gegen MitarbeiterInnen der Stiftung für forensische Anthropologie von Guatemala

Guatemala, 12.08.2011 (AC, EP).- Der Direktor der Stiftung für forensische Anthropologie (FAFG), Freddy Peccerelli, zeigte an, dass er und andere MitarbeiterInnen der Organisation Todesdrohungen erhielten. Diese könnten mit dem Erstellen der forensischen Gutachten, die im Gerichtsprozess wegen des Massakers in der Gemeinde Dos Erres, in La Libertad, Petén (1982) vorgetragen wurden, in Verbindung stehen. Die Drohungen erfolgten zwei Tage nachdem ein Gericht vier Ex-Militärs zu über 6.000 Jahren Haft für ihre Verantwortlichkeit an diesem Massaker verurteilt hatte.

Peccerelli sagte aus, dass er am 4. August Opfer von Einschüchterungen durch Personen, die in einem schwarzen Fahrzeug saßen, wurde. Diese folgten ihm, während er in seinem eigenen Auto fuhr. Um seine Sicherheit zu bewahren, musste er auf einen Privatparkplatz Zuflucht suchen. Am 8. August fand Bianka Peccerelli im Briefkasten ihres Hauses (angrenzend an das ihres Bruders) eine Nachricht, die eine Todesdrohung enthielt. Diese bezog sich auf die Überwachung ihrer Söhne, deren Fahrzeuge und Wohnsitze, als auch auf die Überwachung von MitarbeiterInnen der FAFG. Unter ihnen wurde José Samuel Suasnávar explizit genannt. Suasnávar erläuterte ein archäologische Gutachten während des Prozesses über das Massaker in Dos Erres.

Idivina Hernández, Direktorin der Vereinigung Sicherheit in der Demokratie (SEDEM) bestätigte, dass es im aktuellen Kontext: „besorgniserregend ist, dass eine Struktur, die in Zusammenhang mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit steht, in offener Form und vollständiger Straflosigkeit Stellung nehmen könne. Zum Beispiel veröffentlichte die Vereinigung der Militärveteranen Guatemalas (AVEMILGUA) eine Anzeige, die einer Rechtfertigung für die Praxis der außergerichtlichen Hinrichtungen und des Genozids gleichkommt“.

Fünfte Verhaftung im Fall des Massakers in dem Dorf Plan de Sánchez, Rabinal, Baja Verapaz

Guatemala, 17.08.2011 (PL).- Der 55jährige Julián Acoj Morales wurde am 17. August verhaftet. Er ist die fünfte Person, die der Beteiligung an dem von Militärs und Ex-Patrulleros (vom Militär eingesetzte Wachmänner in einer Gemeinde zu Zeiten des

bewaffneten Konflikts) verübten Massaker in dem Dorf Plan de Sánchez, in Rabinal, Baja Verapaz, am 19. Juli 1982 beschuldigt wird.

Historische Archive der Nationalpolizei in El Quiché entdeckt

Guatemala, 22.08.2011 (PL).- Hunderte von Dokumenten, von denen vermutet wird, dass es sich um Archive der ehemaligen Nationalpolizei (PN) handelt, wurden während Umbauarbeiten in einem Gebäude der Departement-Regierung im Quiché gefunden. Das ehemalige Gefängnis für Männer soll zu einem Museum umgestaltet werden. Vertreter des Zusammenschlusses für die Menschenrechte sprachen von einem bedeutenden Fund. Sie betonen, dass die PN die Existenz dieser Dokumente immer verneint hätte, mit der Begründung, diese wären während des internen bewaffneten Konflikts verbrannt.

Die Staatsanwaltschaft (MP) und soziale Organisationen entschieden gemeinsam, die Dokumente in die Einrichtungen des Historischen Archivs der Nationalpolizei (AHPN) zu überführen, da dieses bereits mit der notwendigen Technologie und Kapazität ausgestattet sei, die Papiere aufzubereiten, ihre Daten zu speichern und zu bewahren, so erklärte Innenminister Carlos Menocal.

LAND

Die Nationale Maya Koordination Waqib'Kej denunziert Angriff auf Bauern der Finca Paraná (Alta Verapaz)

Guatemala, 11.08.2011 (EP).- Die Nationale Maya Koordination Waqib'Kej denunzierte, dass am 10. August mehrere bewaffnete Männer Bauern und Bäuerinnen von 22 Familien angriffen, die sich am Straßenrand vor der Finca Paraná in Alta Verapaz niedergelassen haben. Dabei wurden Martín Tec May, Carlos Ical, und das neunjährige Mädchen Elena Tec verletzt. Die bewaffnete Gruppe schlug auch María Pop, Carolina Rax Tiul, Carolina Caal Cuc und Juan Tiul Tiul mit einem stumpfen Gegenstand.

Waqib'Kej reklamierte, dass die Menschenrechtskommission des Präsidenten, COPREDEH, in diesem Falle die Schutzmaßnahmen nicht ausgeführt habe, welche die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) dem Staat Guatemala im März beauftragte. Die Direktorin der COPREDEH, Ruth del Valle, wies darauf hin, dass die Bemühungen, die Familien zu identifizieren, welche die CIDH zu schützen verlangte, bereits begonnen haben.

300 Bauern und Bäuerinnen der Gemeinde Nueva Esperanza, Sierra del Lacandón (Petén), wurden vertrieben

Guatemala, 26.08.2011 (PL y AC).- Etwa 300 Personen der bäuerlichen Bevölkerung der Gemeinde Nueva Esperanza, welche im Gebiet des Nationalparks "Sierra del Lacandón" (Petén) gelegen ist, sind vertrieben worden. Wie in einer Pressekonferenz der Innenminister Carlos Menocal mitteilte, wurden sie vertrieben, "weil man davon ausgeht, dass sie zum Drogenhandel beitrugen oder mit ihm arbeiteten".

Die Internationale Juristenkommission (CIJ) brachte ihre Besorgnis über die Vertreibung, die Bedingungen unter denen sie durchgeführt wurde und die Situation der Unsicherheit und Verwundbarkeit zum Ausdruck, die dies für die vertriebenen Menschen mit sich bringt. In einer Pressemitteilung versicherte sie, dass Menocal mit einer illegalen Verallgemeinerung eine Vertreibung rechtfertigt, welche Kinder, Frauen und alte Menschen in eine Situation extremer Armut und Verwundbarkeit bringt, und erklärte außerdem, dass "wenn der Funktionär sagt, dass sie mit dem Drogenhandel zusammenarbeiten, wir dann fordern, dass sie die Beweise bringen, und dass darauf ein normaler Gerichtsprozess folgt".

Die CIJ informierte weiterhin, dass Funktionäre der Generalstaatsanwaltschaft, mit denen sie kommunizierte, zum Ausdruck brachten, dass kein Ort und keine Behausungen für die Neuansiedlung der vertriebenen Bauern und Bäuerinnen vorbereitet waren. Ebenfalls versichert die internationale Organisation, dass sie über die Information bezüglich der Vorbereitung einer weiteren Vertreibung in dem Gebiet verfüge, die das Ziel habe, die Gemeinde Centro Campesino zu enteignen. Sie hält die Situation für sehr schwerwiegend, wenn man bedenkt, dass in den

letzten Monaten die Regierung den Ausnahmezustand unter militärischer Befehlsgewalt im Petén verhängt hat, indem sie die Rechte der Personen beschränkt und diese Maßnahme damit rechtfertigt, dass sie den Drogenhandel bekämpfe. Der CIJ erscheint es, der Staat Guatemala verwirkliche eine systematische Politik "gewaltsamer Vertreibungen" in verschiedenen Regionen des Landes und verletze damit die Bekundungen und Normen, welche in den "*Grundlegenden und leitenden Prinzipien über durch Entwicklung verursachten Vertreibungen und Umsiedlungen*" niedergelegt sind. Sie denunziert, dass die meisten der Vertreibungen im Land gewaltsam gewesen seien; ein Beispiel sei das von Valle del Polochic, wo mehrere Personen der vertriebenen Gemeinden ermordet worden sind, und das obwohl es vorgeschriebene Schutzmaßnahmen der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) gibt, welche aber vom Staat nicht erfüllt worden seien. Die CIJ forderte die Behörden auf, das Thema Land und Wohnraum der vertriebenen Personen als dringendes Problem anzuerkennen und zu lösen. Sie vertritt die Meinung, dass die Landproblematik eines der Hauptprobleme Guatemalas und Ursache für ständige soziale Konflikte sei; "leider haben die Regierungen entschieden, es durch gewaltsame Vertreibungen zu lösen", hob sie hervor.

NEGATIVE AUSWIRKUNGEN DER GLOBALISIERUNG

Amnesty International alarmiert über Morddrohungen gegen Mitglieder der Umweltorganisation CALAS

Guatemala, 02.09.2011 (AC).- Amnesty International gab eine Warnung wegen Morddrohungen gegen Aktivisten des Rechtshilfeszentrums für Umwelt und Soziales (CALAS) heraus. Diese Drohungen ereigneten sich, nachdem die Organisation eine öffentliche Kampagne gegen Korruption und den Aufbau einer Anlage zur Gasförderung in einem Naturschutzgebiet unterstützt hatte.

Amnesty International berichtete, dass am 29. August der CALAS-Direktor Yuri Melini und der Rechtberater Rafael Maldonado jeweils Umschläge mit dem gleichen Inhalt erhielten. Darin befanden sich neben der Morddrohung, Dokumente aus dem Amt für Rechnungsprüfung und Fotos von 18 Männern, die anscheinend aus dem polizeilichen Strafregister entnommen waren.

Auf der Nachricht stand "Inhaftiert, wen ihr wollt, und macht ruhig mit eurer Show weiter. (...) Wir werden nach dem 14. Januar 2012 [Tag der Amtseinführung der neuen Regierung] Bilanz ziehen; es wird ein Problem für diejenigen geben, die als nächstes kommen, du wirst aufhören Probleme zu machen"; und warnte auch "Yuri, Yuri, hast Du nicht gelernt, dass das Leben friedlich gelebt werden muss!"

In den vergangenen Monaten hat CALAS eine Kampagne gegen Korruption innerhalb der Verwaltung der Landschaftsschutzgebiete und den Bau eines Gaswerks in einem Landschaftsschutzgebiet im Nordosten Guatemalas, in Punta de Manabique im Departement Izabal geführt, sowie eine Anzeige vor dem Verfassungsgericht erstattet.

Amnesty International ersucht, an die guatemaltekischen Behörden zu schreiben, und eine unabhängige, gründliche und unparteiische Untersuchung zu verlangen, welche die Drohungen gegen die CALAS-Mitarbeiter ermittelt, die Ergebnisse veröffentlicht und ein gerichtliches Verfahren gegen die Verantwortlichen anstrebt. Darüber hinaus verlangt Amnesty International von der guatemaltekischen Regierung, Rafael Maldonado und anderen CALAS-MitarbeiterInnen unverzüglich einen vollständigen und adäquaten Schutz nach ihren Wünschen anzubieten. Sie erinnert die staatlichen Behörden, dass MenschenrechtsverteidigerInnen das Recht haben, ohne Einschränkungen und ohne Angst vor Repressalien ihrer Arbeit nachzugehen.

Quellen: Agencia Cerigua (AC), Prensa Libre (PL), El Periódico (EP), Siglo Veintiuno (SV), Diario de Centroamérica (CA).

2. PROJEKTAKTIVITÄTEN IN GUATEMALA

Team: Engel Montuenga Peña (Spanien/Kolumbien), Guillaume Riboulleau (Frankreich), Maïke Holderer (Deutschland), Kathrin Rüegg (Schweiz), Kathi Dunkel (Deutschland), Álvaro Zaldívar (Spanien), María Cayena Abello (Kolumbien), Francisco Bernal (Kolumbien), Ilaria Tosello (Italien), Simón Yeste Santamaría (Spanien).

2.1 GESPRÄCHE MIT GUATEMALTEKISCHEN AUTORITÄTEN, DIPLOMATISCHEM CORPS UND INTERNATIONALEN INSTITUTIONEN

Die Treffen mit nationalen und internationalen Autoritäten sind ein wichtiges Instrument für die Arbeit von PBI, um diesen unsere Ziele und Arbeitsinhalte mitzuteilen. Bei diesen Zusammenkünften äußern wir in begründeten Fällen auf zurückhaltende Weise Besorgnis über kritische Situationen, über die wir aus erster Hand durch unsere Arbeit vor Ort Kenntnis zu Kenntnis genommen haben.

Diplomatischer Corps und andere internationale Vertretungen in Guatemala

- Christina Papadopoulou, Vertreterin der Menschenrechte, Büro des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR), Guatemala Stadt.
- David McNaught, stellvertretender Leiter, und Eduardo Smith, politischer Sachbearbeiter der britischen Botschaft, Guatemala Stadt.
- Jennifer Echeverría, Vertreterin für Zusammenarbeit und Menschenrechtsprogramme, Vertretung der Europäischen Union in Guatemala, Guatemala Stadt.
- Robert Kerr, Geschäftsbeauftragter, kanadische Botschaft, Guatemala Stadt.
- Alexandra Valkenburg, stellvertretende Leiterin sowie Direktorin für Zusammenarbeit und Jacques Remmerswaal, Spezialist für Regierbarkeit und Menschenrechte der holländische Botschaft, Guatemala Stadt.
- Stephen Steger, stellvertretender Berater für politische und wirtschaftliche Angelegenheiten, US-Botschaft, Guatemala Stadt.
- Michael Fabri, stellvertretender Leiter der deutschen Botschaft, Guatemala Stadt.
- Patrick Egloff, stellvertretender Leiter der schweizer Botschaft, Guatemala Stadt.

VertreterInnen staatlicher Stellen Guatemalas

- Óscar Vinicio Villar, Gouverneur von Alta Verapaz, Cobán, Alta Verapaz.
- Rodrigo Alfonso Medina Xoc, Staatssekretär für Agrarangelegenheiten und Jorge Ernesto Ruiz Sosa, Rechtsberater für Valle de Polochic, La Tinta, Alta Verapaz.
- Hugo Marlon René Ac Nuila, Regionalberater für die Menschenrechtskommission des Präsidenten (COPREDEH) in Alta Verapaz, Cobán, Alta Verapaz.
- Jacobo Gramajo, Verantwortlicher für die Zentralregion, COPREDEH, Guatemala Stadt.
- Francisco Guaré, stellvertretender Leiter, und Eddy García, Leiter der Vermittlung, Abteilung der Vermittlung des Menschenrechtsombudsmann (PDH), Guatemala Stadt.
- Tomás Aguilar, indigener Bürgermeister von Uspantán, Uspantán, El Quiché.

2.2 TREFFEN MIT ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Das Team vor Ort trifft sich regelmäßig mit Organisationen der Zivilgesellschaft, um sich über die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen auf dem Laufenden zu halten, sich gegenseitig über die eigene Arbeit zu informieren und Informationen für interne Analysen der politischen Lage zu sammeln.

Organisationen und Personen der guatemaltekischen Zivilgesellschaft

- Enrique Corral, Geschäftsführer der Stiftung Guillermo Toriello, Guatemala Stadt.
- Domingo Tum, Mitglied der Koordination der Gemeinden von Sacapulas im Widerstand für die Verteidigung der Bodenschätze und der Umwelt, Sacapulas, El Quiché.
- Ernesto Menchú, Mitglied im Komitee der Opfer von Uspantán, Uspantán, El Quiché.
- Eloyda Mejía, unabhängiger Expertin in Bergbauangelegenheiten, Guatemala Stadt.
- Iduvina Hernández, Direktorin des Vereins Sicherheit in der Demokratie (SEDEM), Guatemala Stadt.
- Mario Minera, Direktor des Rechtshilfezentrums für Menschenrechte (CALDH), Guatemala Stadt.

Soziale Organisationen und internationale Organisationen

- Anabella Sibrián, Vertreterin der holländischen Plattform gegen Straflosigkeit in Guatemala. Guatemala Stadt.
- Koordination der Internationalen Begleitung in Guatemala (ACOGUATE). Guatemala Stadt.
- Wilson de los Reyes Aragón, Koordinator, und Leslie Figueroa, Koordinatorin von Ausbildung und Bekanntmachung, Impunity Watch, Guatemala Stadt.
- Ramón Cadena, Geschäftsführer der Internationalen JuristInnenkommission (CIJ) in Guatemala, Guatemala Stadt.

2.3 BEGLEITUNGEN

Nationale Koordinierung der Witwen Guatemalas, CONAVIGUA

Im August haben wir die Begleitung von CONAVIGUA durch Besuche und regelmäßige Treffen mit ihren Mitgliedern in ihrem Büro in der Hauptstadt fortgesetzt. Wir betrachten ihre Sicherheitssituation im Zusammenhang mit den Gerichtsverfahren aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die während des inneren bewaffneten Konflikts begangen wurde und zur Zeit die guatemaltekischen Gerichte beschäftigen als besorgniserregend.

Hintergrund: Im Rahmen ihrer Arbeit für historische Erinnerung und Wiedergutmachung führt CONAVIGUA Exhumierungen und Beisetzungen in verschiedenen Departements, vor allem im Quiché, Chimaltenango und den Verapaces durch. Diese Prozesse führen in ländlichen Gemeinden, wo Opfer und Täter zusammen leben, zu sehr angespannten Situationen, innerhalb welcher die Frauen und Männer von CONAVIGUA bedroht werden, um so die Durchführung ihrer Arbeit zu verhindern.

Aufgrund der Zunahme von Anfragen aus den Gemeinden, in denen CONAVIGUA arbeitet, weitete die Organisation ihre Arbeit auf das Gebiet der Rechts- und organisatorischen Beratung von Gemeinden im Prozess ihrer Selbstbestimmung aus. Unter anderem begleitet CONAVIGUA den Organisations- und Entwicklungsprozess der Volksbefragung in den Kreisen Uspantán (Quiché) und Lanquín (Alta Verapaz).

Seit August 2003 begleitet PBI die Organisation periodisch. Regelmäßige Besuche in ihrem Büro in der Hauptstadt sowie Begleitungen ihrer Mitglieder

auf Reisen in die verschiedenen Departements sind Teil des internationalen Schutzes, den wir der Organisation bieten. Verschiedene Personen, die die Organisation bilden haben aufgrund ihrer Arbeit im Jahr 2010 erschreckende Morddrohungen erhalten.

Verein für den Schutz des Berges Las Granadillas, APMG.

Im August begleiteten wir Mitglieder der Organisation zu einem Treffen mit Vertretern vom Nationalen Institut für Wälder (INAB) und dem Nationalrat für Schutzgebiete (CONAP) in Guatemala-Stadt. Eine Handlung der APMG um ihr begonnenes Vorhaben die Erklärung des Berges Las Granadillas als Schutzgebiet (Quellreservat) durchzusetzen. Auch begleiteten wir zwei Mitglieder der Organisation in Zapaca zu einer richterlichen Anhörung in Bezug auf Bedrohungen, die ein Mitglied aufgrund seiner Arbeit bei APMG erhalten hat.

Hintergrund: *Der Verein wurde im Jahr 2003 im Departement Zacapa gegründet, um das Ökosystem des Berges Las Granadillas schützen. Dort sind die wichtigsten Wasservorkommen und die größte Biodiversität der Region zu finden. Die lokale Bevölkerung hat dort außerdem verschiedene Probleme identifiziert: massiver Holzabbau, illegale Abholzung, große Ausbreitung privater Flächen für Viehzucht und Monokulturen, Entwaldung und die Behinderung des Zugangs zu Wasserquellen. Sie bekommen Unterstützung von der Lutherischen Kirche Guatemalas (ILUGUA), insbesondere vom für die Region zuständigen Pfarrer **José Pilar Álvarez Cabrera** und vom Kollektiv Madre Selva. Eine der Ziele des Vereins ist es, das Gebiet zu einem offiziellen Schutzgebiet zu erklären. Allerdings stellen die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen im Gebiet Las Granadillas eine Gefahr für die Arbeit der APMG dar. Die Mitglieder der Organisation haben verschiedene Arten von Verfolgungen und Drohungen erleben müssen seit sie den illegalen Holzhandel angezeigt haben und zusammen mit der Bevölkerung der **Gemeinde La Trementina** einen andauernden Prüfungsprozess über die bewilligten Lizenzen sowie die Abholzung in den privaten Fincas der Berge begannen.*

Wir begleiten den APMG seit August 2008. Anfang 2009 und Ende 2010 führte der permanente Konflikt zwischen den Besitzern der Privatfincas und der Bevölkerung von La Trementina, sowie APMG in strafrechtliche Prozesse gegen Mitglieder des Vereins und der Gemeinde aufgrund erstatteter Anzeigen, unter anderem von Juan José Olavarrueth, dem Besitzer der Finca Tachoró. In beiden Fällen hingen die Anklagen mit der Arbeit zum Schutz des Berges, welche APMG ausführt zusammen. Ebenfalls in beiden Fällen wurde die Gerichtsverhandlung in der ersten Anhörung vor dem Richter eingestellt. Neun Personen (drei in 2009 und acht in 2010) sahen sich von den Anklagen ohne Grundlage betroffen, ihnen wurde sogar die Straftat der illegalen Festnahme, Drohungen und psychologische Gewalt gegen eine Frau¹ unterstellt. José Pilar Álvarez Cabrera bekam während dieser Konflikte Morddrohungen und wurde Opfer von Verleumdungen in lokalen Medien. Aus diesem Grund haben wir zwischen Oktober 2010 und April 2011 das internationale Unterstützernetzwerk von PBI außerhalb Guatemalas aktiviert.

¹ Am 29. November 2010 erhielten acht Personen, Mitglieder des Verein und der Lutherischen Kirche Guatemalas (ILUGUA) eine richterliche Vorladung, in der sie zu ersten Aussagen im Rahmen eines Strafverfahrens gegen sie einberufen wurden. Sie wurden wegen der Straftaten illegale Festnahme und Drohungen verwarnt. Nachdem die richterliche Anhörung zwei Mal (am 26. Januar und 7. März) verschoben wurde, drückten GemeindevertreterInnen aus Zacapa und Chiquimula in einem Brief an den Obersten Gerichtshof ihre Sorge darüber aus. Sie hoben die Einschränkungen in ihrer sozialen Arbeit und Arbeit in den Organisationen hervor, die sich aus der Verwicklung in ein juristisches Verfahren ergaben. Am 31. März reichten die Ehefrauen von José Juan Olavarrueth und Gregory Miller, den ursprünglichen Klägern, eine Nebenklage aufgrund der Straftaten illegaler Verhaftungen, Drohungen und psychologischer Gewalt gegen Frauen ein. Die Anhörung fand schließlich am 13. April statt, mehr als viereinhalb Monate nach der richterlichen Vorladung.

Verein der indigenen Frauen von Santa María Xalapán (AMISMAXAJ)

Im August hielten wir Treffen mit verschiedenen Mitgliedern des Verein in Guatemala Stadt ab. Wir begleiteten AMISMAXAJ zu Treffen mit der Xinka-Regierung in Jalapa, zu einem internen Treffen des Vereins im Berg von Xalapán und zu einem Treffen mit Menschenrechtsverteidigerinnen für die Verteidigung des Territoriums in Huehuetenango.

Hintergrund: AMISMAXAJ wurde im Februar 2004 als Verein von Arbeiterinnen in der Region von Jalapa gegründet und im Juni des gleichen Jahres in den Frauensektor integriert. AMISMAXAJ besteht aus 75 weiblichen Führungspersönlichkeiten, welche 15 Xinka-Gemeinden des Berges Santa María Xalapán (Jalapa) vertreten. Die Arbeit von AMISMAXAJ findet gegenwärtig auf lokaler, departamentaler und nationaler Ebene statt, und verfolgt einen politischen Ansatz gegen jegliche Form von patriarchalischer, neoliberaler, rassistischer, homo- und lesbophober Unterdrückung. Sie haben territoriale und nationale strategische Allianzen für den Antrieb ihrer politischen Aktionen aufgebaut. Der Verein arbeitet in der Region von Jalapa aktiv in der Verteidigung von Frauenrechten, der Wiederbelebung ihrer ethnischen Xinka-Identität und der Verteidigung von Land und Territorium. Insbesondere entwickeln sie eine aktive Arbeit in der Verteidigung der natürlichen Ressourcen und gegen die Aktivitäten und Pläne der in der Region anwesenden Minen- und Ölindustrie.

Wir begleiten AMISMAXAJ seit Juli 2009. Mehrere Personen, die die Organisation bilden haben aufgrund ihrer Arbeit 2009 und 2010 schwerwiegende Morddrohungen erhalten.

Zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día

Im August standen wir weiterhin mit Mitgliedern der Organisation in Kontakt. Während eines Besuchs in der Gemeinde Matasanos (Jocotán) in der mehrere Mitglieder von Bauernkoordination leben, gab es eine Wahlkampagne, die am gleichen Tag durchgeführt wurde. Es gab Auseinandersetzungen, die aber ohne schlimmere Folgen blieben. Am nächsten Tag begleiteten wir Mitglieder der Gemeinde zum Friedensrichter, wo sie die Vorfälle anzeigten.

Hintergrund: Die Zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día, welche Mitglied der Agrarplattform ist, arbeitet in den Kreisen Camotán, Jocotán, Olopa und San Juan Hermita im Departement Chiquimula. In Koordination mit anderen lokalen Organisationen führen sie für die ländlichen Gemeinden zu den Themen Bauernökonomie, Umwelt, Rechte und Territorium Fortbildungen durch. Im Jahr 2006 hat Nuevo Día von der Existenz von Bauplänen für drei Wasserkraftwerke in zwei Kreisen erfahren: die Projekte „El Puente“ und „El Orégano“ im Kreis Jocotán, und das Projekt „Caparjá“. Alle drei Projekte sind Teil des größeren Projektes des Systems der elektrischen Vernetzung für die zentralamerikanischen Länder (SIEPAC). Als Teil ihrer Arbeit hat der Verein den Gemeinden im Gebiet Information zukommen lassen, und Raum für Evaluierungen und Analyse der Auswirkungen auf die Umwelt und lokale Wirtschaft dieser Projekte und anderer im Gebiet geplanter Projekte gefördert. Sie haben die gleiche Aufklärungsarbeit durchgeführt hinsichtlich des Projekts „Technologischer Korridor“ (Corredor Tecnológico), welches bis 2015 die Atlantikküste von El Salvador mit der Pazifikküste von Guatemala verbinden möchte und einer der größten Pläne im Rahmen des Projekts Mesoamerika (Nachfolge des Plan Puebla Panamá, PPP) ist. Mitglieder von Nuevo Día haben ausgedrückt, dass das Fehlen von Informationen und Beratungen der Gemeinden von Chiquimula durch die öffentlichen Institutionen ein Anlass zu Konflikten ist.

PBI begleitet Nuevo Día seit 2009. Mehrere Mitglieder von Nuevo Día haben Drohungen und Angriffe aufgrund ihrer Arbeit mit den Gemeinden erhalten. 2010 haben Mitglieder der Organisation Morddrohungen und

Einschüchterungen von bewaffneten Unbekannten erhalten. Ebenso haben mehrere staatliche und lokale Kommunikationsmedien Erklärungen von lokalen Autoritäten veröffentlicht, die die Verantwortung von Mitgliedern von Nuevo Día und dem Chamotekischen Bauernverband an den sozialen Protesten zeigen. Die Proteste fordern mehr Informationen über den Bau des Projekts des „technologischen Korridors“ und dessen Auswirkungen auf die Region.

Camotekischer Bauernverband

Im August haben wir Mitglieder des Verbands in ihrer Gemeinde Chamotán besucht. Es besteht weiterhin unsere Sorge über die angespannte Situation, erzeugt durch die Bedrohungen und die Zurückhaltung bei der Beteiligung einiger Mitglieder seit dem Gerichtsverfahren, welches im März 2011 endete (siehe Hintergrund).

Hintergrund: *Der Camotekische Bauernverband wurde 1988 gegründet und hat sich aus GesundheitshelferInnen und Hebammen der Gemeinde von Chamotán, Departement von Chiquimula gebildet. Der Verband ist aktives Mitglied der Koordination der volkstümlichen indigenen gewerkschaftlichen und bäuerlichen Organisationen des Ostens (COPISCO).*

Ihr vorrangiges Ziel ist der Schutz des Lebens und der natürlichen Ressourcen, die Absicht ist menschliches Wohlbefinden und der Natur zu finden. Derzeit besteht der Verband aus 718 Mitgliedern, welche über die Einhaltung der Gesetze wachen und Verletzungen von Menschenrechten in dem Gebiet des Ostens des Landes verfolgen. Sie unterhalten eine enge Beziehung zu der zentralen Bauernkoordination Chortí Nuevo Día, mit der sie besonders zu den Themen Schutz der Erde, Landwirtschaft und die Verteidigung der Umwelt zusammenarbeiten.

Als der Verein die Baupläne der drei Wasserkraftwerke „El Puente“, „El Orégano“ und „Caparjá“ (siehe oben- Hintergrund der Zentralen Bauernkoordination Chortí Nuevo Día) und das Projekt des „Technologischen Korridors“ zur Kenntnis nahm, die Auswirkungen auf mehrere Municipien des Departments haben, begann der Verband mit der Informationsarbeit der Gemeinden über die Auswirkungen der Megaprojekte auf die Umwelt und ihre wirtschaftliche Situation.

*PBI begleitet den Verband seit 2009. Am 15. November wurden **Carlos Hernández** und **Santos Vásquez**, verhaftet. Sie wurden der Straftaten „Aktivitäten gegen die innere Sicherheit der Nation“, sowie der „Teilnahme an verbotenen Treffen und Versammlungen“ beschuldigt, nachdem sie an einer öffentlichen Versammlung, welche 6 Monate zuvor durchgeführt wurde am 30. März 2010 teilnahmen, und an welcher sich mehr als 70 Personen beteiligt haben, um ihre Ablehnung der Pläne und Projekte der elektrischen Vernetzung der Region kundzutun. Am 2. März beobachteten wir die zweite Anhörung in Chiquimula bei der Carlos Hernández und Santos Vásquez vor dem Gericht standen. Der Richter beschloss eine vorläufige mit Auflagen bedachte Verfahrenseinstellung wegen Geringfügigkeit (nach guatemaltekischem Recht criterio de oportunidad). Er stellte das strafrechtliche Verfahren ein und ordnete eine Strafe von 1000 Quetzales (ca. 90 Euro) jeweils, sowie die Untersagung an verbotenen Treffen und Versammlungen teilzunehmen oder sie zu unterstützen. Die Aktivierung des internationalen Unterstützernetzwerks von PBI außerhalb von Guatemala zwischen Oktober und April 2011 betraf auch den Camotekischen Bauernverband.*

Q'a molo Q'i Sanjuan-Unamos Pueblos Sanjuaneros

Im August waren wir in verschiedenen der zwölf organisierten Gemeinden von San Juan Sacatepéquez und während ihrer wöchentlichen Treffen präsent. Wir unterhielten permanenten Kontakt mit Mitgliedern der Organisation aufgrund einer neuen Bedrohungssituation in einer der Gemeinden.

Hintergrund: *Q'a molo Q'i Sanjuan-Unamos Pueblos Sanjuaneros (Vereinigung der Dörfer von San Juan) ist eine Organisation, welche die Anwohner verschiedener Gemeinden des Kreises San Juan Sacatepéquez, die am Kampf und für den Schutz des Gebietes und der natürlichen Ressourcen der Region teilnehmen, verbindet. Seit 2006 arbeitet die guatemalteckische Firma Cementos Progreso S.A. an dem "Projekt San Juan", welches den Bau einer Zementfabrik und eines Steinbruchs in der Finca San Gabriel Buena Vista und den Dörfern San Jose Ocaña und San Antonio las Trojes I und II beinhaltet. An diesen Unternehmungen beteiligen sich Cementos Progreso S.A. mit 80 % der Investitionen und der multinationale Schweizer Konzern Holcim, der größte Zementproduzent der Welt, mit den restlichen 20 %.*

*Am 13. Mai 2007 führten die **Gemeinschaften von San Juan Sacatepéquez** ohne die Unterstützung des Bezirks eine Volksbefragung über den Bau der Fabrik durch. Es beteiligten sich 8.950 Personen, von denen 8.946 gegen und vier für die Fabrik gestimmt haben. Obwohl der sich der Bürgermeister und der Stadtrat verpflichtet hatten, die Ergebnisse der Befragung zu berücksichtigen, bevor irgendeine Baugenehmigung erteilt wird, gehen die Arbeiten an der Fabrik weiter.*

Während der letzten drei Jahre haben die EinwohnerInnen von San Juan Sacatepéquez zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und eine ausgeprägte Kriminalisierungskampagne erlitten und zur Anzeige gebracht.

Der Prozess des Dialogs, an dem sie mit verschiedenen Autoritäten und öffentlichen guatemalteckischen Institutionen teilgenommen haben, wurde ohne Ergebnisse bzgl. eines Entschlusses oder der Resolution des Konfliktes beendet.² Seit ihrer Anfrage im Dezember 2009 begleitet PBI Qamoló Kí Aj Sanjuani, da verschiedene Mitglieder der Organisation und der Gemeinden, die sie vertreten, von Bedrohungen und Verfolgung betroffen sind.

Gemeinderat von Cunén

Wir besuchten im August den Vorstand von Cunén und trafen uns mit Mitgliedern des Rates.

Die regelmäßigen Treffen des Runden Tisches mit dem Unternehmen Unión Fenosa DEOCSA (Stromverteiler des Westens Guatemalas) über die Bedingungen des Programms zur Elektrifizierung der ländlichen Regionen (PER) wurden bis zur Beendigung des Wahlprozesses ausgesetzt.

Hintergrund: *Am 14 Januar 2009 haben die Gemeinden des Munizips Cunén aus dem Department El Quiché einen organisierten Prozess zur Verteidigung ihres Gebiets, der natürlichen Ressourcen und der Menschenrechte während einer Versammlung, die im Munizip von Cunén stattfand, durchgeführt. Der Gemeinderat von Cunén entstand bei dieser Versammlung. Er besteht aus 22 Mitgliedern der acht Mikroregionen von Cunén. Die 22 Mitglieder wurden von ihren Gemeinden ernannt. Im Oktober 2009 organisierten sie eine Volksbefragung über die Bergbauaktivitäten und Wasserkraftwerke und allgemein zur Umsetzung von Megaprojekten, an der sich etwa 19.000 Personen aus 71 Gemeinden gegen die Aktivitäten aussprachen. PBI beobachtete den Prozess der Vorbereitung und die Ausführung der Volksbefragung und begleitet den Rat seit Februar 2010.*

² Mehr Informationen (auf Spanisch und Englisch) im Spezialbericht von PBI Guatemala 2010 unter folgendem Link: http://www.pbi-guatemala.org/fileadmin/user_files/projects/guatemala/files/spanish/Mujeres_Completo_ESP.pdf

Abteilung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala, UDEFEGUA.

Im August besuchten wir regelmäßig das Büro von UDEFEGUA in der Hauptstadt Guatemalas. UDEFEGUA verfolgt weiterhin den Land-Konflikt im Valle de Polochic, Alta Verapaz, welcher zu den Räumungen verschiedener Gemeinden im März führte. UDEFEGUA arbeitet in der Ermittlung und am Nachweis der Übergriffe und Aggressionen, die die Gemeinden und ihre Mitglieder erlitten haben.

***Hintergrund:** Die Abteilung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala (UDEFEGUA) wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die Sicherheit von MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala zu erhöhen und damit zum Schutz des Freiraums für ihre Arbeit beizutragen. Ihre Programme unterstützen bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen und deren Organisationen. Durch Informationen, Fortbildungen, Beobachtung der Situation und psychologischer Unterstützung beraten sie hinsichtlich Vorbeugung und Reaktion gegenüber Bedrohungen und Angriffen. Zudem fördert UDEFEGUA den Schutz dieser Personen durch staatliche Institutionen und die internationale Gemeinschaft.*

PBI arbeitet seit Jahren mit UDEFEGUA zusammen und hat ihnen bereits 2007 nach einer anderen Bedrohungsperiode internationale Begleitung gestellt. Mitglieder der Organisation erhielten im Mai 2009 Bedrohungen und zeigten diese bei der Staatsanwaltschaft an. Verschiedene internationale Organisationen drückten ihre Besorgnis aus und betonten, dass es sich um ein „ernstes Verfolgungsmuster handelt“³

*Wir intensivierten die Begleitung seit März 2010, nachdem das Haus von **Erenia Vanegas** durchsucht und das Fahrzeug von **Claudia Samayoa** manipuliert wurde, beides Mitglieder von UDEFEGUA. Seitdem hat PBI die Begleitung der Organisation durch Besuche im Büro und regelmäßigen Treffen mit Mitgliedern der Organisation verstärkt. Die Organisation wurde von PBI auch bei ihren Reisen innerhalb von Guatemala begleitet. Diese Reisen sind notwendig um ihre Arbeit der Untersuchung und Überprüfung der Anzeigen von Angriffen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen durchzuführen.*

Union der Bauernorganisationen der Verapaces, UVOC

Wir begleiteten die Organisation zum Runden Tisch in Cobán (Alta Verapaz), welcher monatlich stattfindet, um Konflikte rund um das Thema Land in der Region zu behandeln. Wir begleiteten zudem den Rechtsanwalt Jorge Luis Morales bei seinen Aktivitäten der rechtlichen Beratung und Betreuung in Landkonflikten, um Lösungen über institutionelle und legale Wege für diese Problematiken zu finden. Außerdem besuchten wir regelmäßig die Büros der Organisation in Alta Verapaz und in der Hauptstadt.

***Hintergrund:** UVOC ist eine Bauernorganisation der Departements Alta- und Baja Verapaz, die vor allem in der Verteidigung von Landrechten und der Förderung des Zugangs der ländlichen Bevölkerung zu Land arbeitet, indem sie sie z.B. im Bereich der Legalisierung ihres Landes berät. Außerdem befähigen und unterstützen sie die Gemeinden, welche sich in UVOC zusammengeschlossen haben bei der Entwicklung und Organisation von Entwicklungsprojekten.*

*Aufgrund von Todesdrohungen, Einschüchterungen und Verfolgungen durch Unbekannte, begleiteten wir seit März 2005 den Leiter der UVOC, **Carlos Morales**. Zudem wenden wir weiterhin unsere Aufmerksamkeit auf die heikle*

³ Human Rights First (HRF), Washington Office on Latin America (WOLA), Network in Solidarity with the people of Guatemala (NISGUA), Grassroots International, American Jewish World Service, Latin America Working Group (LAWG), Institute for Peace and Justice - University of San Diego, Brief an den Präsidenten Álvaro Colom, 8. Mai 2009.

Situation einiger ländlicher Gemeinden, die der UVOC angehören und sich im Kampf um die Erde und den Zugang zu ihr befinden.

Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez Archila

Im August besuchten wir weiterhin regelmäßig das Büro des Anwalts Pérez Archila und trafen uns mit ihm und Mitgliedern seines Teams. Anfang des Monats begleiteten wir ihn und beobachteten die Gerichtsanhörung, welche mit einem Strafurteil gegen vier Ex-Militärs, aufgrund ihrer Teilnahme am Massaker im Dorf Las Dos Erres (Petén) im Jahr 1982, endete.

Wir sorgen uns weiterhin um die Sicherheitssituation Edgar Pérez in einem Kontext, in dem einige Fortschritte in verschiedenen Gerichtsprozessen mit enormer Wirkung gegen Mitglieder des Militärs während des bewaffneten internen Konfliktes erzielt wurden und zusätzlich vor dem Hintergrund der öffentlichen Mitteilung der Vereinigung der Militärveteranen Guatemalas (AVEMILGUA) am 22. Juli, in welcher diese äußerten, dass sie dazu bereit sind, „erneut kämpfen, wenn die Umstände es verlangen.“

Hintergrund: *Im August 2010 begannen wir den Menschenrechtsverteidiger und -anwalt Edgar Pérez Archila bei seiner Arbeit der Verteidigung der Gerechtigkeit und gegen Straflosigkeit zu begleiten. Er ist vor allem in den öffentlichen Gerichtsprozessen über die begangenen Massaker während des bewaffneten Konflikts in Guatemala und anderer Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und Gegenwart tätig. Wir haben ihn während seiner Arbeit im Rahmen verschiedener Gerichtsprozesse begleitet, unter anderem: der Anklage des Verschwindenlassen, Folter und Mord an dem Guerillakämpfer Efraín Bámaca Velásquez im Jahr 1992; dem Massaker in der Gemeinde Las Dos Erres in 1984; dem Massaker in der Gemeinde Río Negro in 1982, sowie in den Gerichtsprozessen wegen Genozids, welche vor den guatemaltekischen Gerichten seit 2000 verhandelt werden. Aufgrund der Brisanz dieser und weiterer Fälle des Rechtsanwalts Pérez und verschiedenen Vorkommnissen gegen die Sicherheit seiner Person in den letzten Jahren, bietet ihm PBI internationale Begleitung.*

Historisches Archiv der Nationalpolizei (AHPN)

Im August trafen wir uns mit Mitgliedern des Archivs und blieben weiterhin in Kontakt mit ihnen. Wir besuchten die Räumlichkeiten des AHPN und beobachteten am 6. August ein vom Archiv organisiertes Festival, um die Begrenzungsmauern mit Wandgemälden zu verzieren. Mitte des Monats wurde das historische Archiv der ehemaligen Nationalpolizei in Santa Cruz del Quiché entdeckt und in die Räumlichkeiten des AHPN in der Hauptstadt verlegt, um mit den Prozessen der Konservierung, Behandlung und Digitalisierung der vorgefundenen Dokumente zu beginnen (siehe Aktuelle Lage der Menschenrechte).

Hintergrund: *Das AHPN wurde im Jahr 2005 zufällig durch Personal der Menschenrechtsombudsstelle (PDH) gefunden, als sie Präventionsmaßnahmen für die Einlagerung von Sprengstoff in Einrichtungen der guatemaltekischen Sicherheitskräfte vornahmen. In einem Gebäude in der Zone 6 der Hauptstadt – welches während des internen bewaffneten Konflikts als Krankenhaus der Nationalen Polizei (PN) gebaut worden war, aber niemals als solches genutzt wurde – wurden 80 Millionen Dokumente gefunden: verlassen, aufgestapelt und in schlechtem Zustand. Es handelte sich um die historisch-administrative Dokumentation der Nationalen Polizei seit ihrer Gründung 1881 bis zu ihrer Abschaffung 1997, einer Institution deren Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen während des internen bewaffneten Konflikts durch die Kommission zur Historischen Aufklärung (CEH) bewiesen wurde. In ihrem Bericht „Guatemala – Memoria del Silencio“ stellt die Kommission fest, dass die Nationale Polizei als Einsatzkommando des Geheimdienstes der Armee eingesetzt wurde (als Fassade des G-2) und in*

den meisten Fällen den Befehlen der Armee unterstand. Bei diversen Gelegenheiten während der Untersuchungen der CEH leugneten die verschiedenen Staatsorgane – inkl. Innenministerium und Nationale Polizei (PN) – die Existenz von Archiven oder Dokumenten, welche die Erforschung von Menschenrechtsverletzungen ermöglichen würde.

Nach einer ersten Arbeitsphase, welche durch die PDH zur Wiederherstellung der Dokumente und zur Schaffung notwendiger Bedingungen für den öffentlichen Zugang zu den im Archiv gelagerten Dokumenten eingeleitet wurde, konzentrieren sich die Anstrengungen seit 2010 auf die Institutionalisierung des Archivs, die Suche nach politischer, rechtlicher und administrativer Gewissheit, die technische Stabilisierung des Dokumentenguts und die Schaffung von Bedingungen und Verfahrensweisen, um den öffentlichen und permanenten Zugang zu den im Archiv enthaltenen Informationen sicherzustellen.

Heute ist das AHPN Teil des Generalarchivs Zentralamerikas, Trägerschaft und Rektorat obliegen dem Kulturministerium Guatemalas. Es funktioniert ausschließlich durch Spenden und Fonds der internationalen Kooperation. Das Archiv ist ebenfalls Teil der internationalen Koalition der „Orte des Bewusstseins“, da das Gebäude, in dem sich das Archiv befindet, als geheimes Gefängnis der Nationalen Polizei während des bewaffneten Konfliktes genutzt wurde. An der Leitung, Koordination und Entwicklung des Archivs, der Rettung der Dokumente und an der Förderung des öffentlichen Zugangs zu den Informationen, beteiligen sich anerkannte Menschenrechtsaktivisten Guatemalas. Im Bereich der Konservierung, Organisation und Archivierung arbeiten 150 Personen. Bis zum 31. März 2011 wurden mehr als 12 Millionen Bilder aus digitalisierten Dokumenten und mehr als 19.000 Büchern realisiert, es gingen 4.503 Anfragen nach Informationen ein, welche mit der Ausgabe von 45.020 Dokumenten beantwortet wurden (1.001 an Familien der Opfer, 1.298 an die Staatsanwaltschaft, 98% davon an die Staatsanwaltschaft für Menschenrechte).

Wir halten das AHPN für ein Schlüsselinstrument im Kampf gegen die Straflosigkeit, den Wiederaufbau der historischen Erinnerung und das Durchsetzen von Gerechtigkeit. Aufgrund der Bedeutung des Archivs, Beweise durch Dokumente und Sachverständigengutachten in öffentlichen Gerichtsprozessen beizutragen, um konkrete Fälle von im bewaffneten Konflikt begangenen Menschenrechtsverletzungen zu erforschen und aufzuklären und die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Verantwortlichen zu bestimmen, erachten wir es als wichtig, durch unsere Begleitung zum Schutz des Archivs beizutragen und jegliche Drohungen oder Angriffe gegen das Archiv abzuwenden.

2.4 FOLLOW UP

Wir erhalten regelmäßig Anfragen zur Begleitung von sozialen Organisationen und MenschenrechtsverteidigerInnen, die bedroht werden oder sich bedroht fühlen. Durch die internationale Begleitung versuchen wir, diese Bedrohungen zu mindern, und damit einen sichereren Freiraum für ihre Aktivitäten zu schaffen. Wenn das Risiko, die Bedrohungen und die Sicherheitsvorfälle dieser begleiteten Organisationen und Personen abgenommen hat, setzen wir die Begleitung in Form von „Follow up“ fort. Dies bedeutet, dass wir die physische Begleitung mindern, aber durch Treffen und/oder Anrufe in ihren Büros oder Arbeitsplätzen in Kontakt bleiben. Zugleich sind wir weiterhin bereit, konkreten Anfragen nachzukommen, die aus besonderen Gründen internationale Präsenz benötigen.

Folgende soziale Organisation befindet sich in der Kategorie Follow up:

Organisation zur Unterstützung integraler Sexualität angesichts AIDS, OASIS

Im Monat August hielten wir regelmäßigen Kontakt mit den Mitgliedern von OASIS.

Aufgrund einer kritischen finanziellen Lage musste die Organisation leider ihr Büro Mitte August schließen, sie arbeiten aber weiter.

Hintergrund: OASIS arbeitet im Bereich der Sexualerziehung und Prävention von HIV/AIDS, sowie des Schutzes und der Förderung der Rechte von Homo-, Bi-, Transsexuellen und Transgender.

Am 17. Dezember 2005 wurde die Transgender Paulina ermordet, womit die Zahl der in dem Jahr ermordeten sexarbeitenden Transgender auf sieben anstieg. **Zulma Robles**, die beim Verbrechen gegenwärtig war, wurde schwer verletzt. OASIS zeigte den Fall bei der Staatsanwaltschaft an, und Zulma identifizierte vermeintliche Beamte der Nationalen Zivilpolizei (PNC) als Täter des Verbrechens. Mitglieder von OASIS wurden daraufhin verfolgt, belästigt und bedroht. Aus diesem Grund ordnete die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) am 3. Februar 2006 Schutzmaßnahmen für 13 Mitglieder der Organisation an, welche erst drei Jahre später von der guatemaltekischen Regierung umgesetzt wurden.

PBI begleitet OASIS seit Anfang 2006. Im Januar 2009 haben wir die Begleitung von **Jorge López** verstärkt, nachdem gegen ihn ein Strafprozess wegen versuchten Mordes an der Sexarbeiterin Laila (Axel Leonel Donis González) begann. Jorge López verstand dieses Verfahren als eine neue Variante der permanenten Verfolgung und Einschüchterung, unter denen er in den letzten Jahren zu leiden hat und die den Fortschritt der Arbeit der Organisation und den Respekt der Menschenrechte der Gemeinschaften der sexuellen Vielfalt zu verhindern sucht. Am 29. September 2009 wurde die Anklage fallen gelassen, nachdem an zwei gerichtlichen Anhörungen Mitglieder verschiedener europäischer Botschaften als Beobachter teilnahmen.

2.5 BEOBACHTUNGEN

PBI stellt in Guatemala internationale Beobachtung für diejenigen öffentlichen Ereignisse, für welche die guatemaltekischen sozialen Organisationen einen Bedarf gemeldet haben, um Aufmerksamkeit und internationales Interesse zu zeigen und außerhalb von Guatemala über das, was beobachtet wird, zu berichten.

In verschiedenen Gerichtsverhandlungen waren wir weiterhin als Beobachtende dabei: in den Prozessen wegen Völkermordes durch die Massaker in den Gemeinden Las Dos Erres und Plan de Sánchez. In der Sitzung, die im Rahmen des Völkermordprozesses abgehalten wurde, beantragte die Verteidigung die Einstellung des Verfahrens, was von der Richterin abgelehnt wurde. Stattdessen wurden die vier angeklagten Ex-Militärs wegen ihrer Beteiligung am Massaker von Las Dos Erres (Petén) zu einer Gefängnisstrafe von mehr als 6.000 Jahren verurteilt. In der zweiten Verhandlung, wo Beweise und erste Erklärungen im Prozess über das Massaker im Dorf Plan de Sánchez (Rabinal) präsentiert wurden, bewilligte der Richter eine Frist von zwei Monaten für Ermittlungen bis zum nächsten Termin.

Wir beobachteten ebenfalls eine Gerichtsverhandlung in Zacapa im Zusammenhang mit den Drohungen, die ein Mitglied der APMG (Verein für den Schutz des Berges Las Granadillas) wegen seiner Tätigkeit erhalten hatte.

Außerdem beobachteten wir eine Pressekonferenz, die von der Abteilung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala, UDEFEGUA und dem Rechtshilfezentrum für Umwelt und Soziales, CALAS, organisiert worden war, um schwerwiegende Todesdrohungen gegen zwei Mitglieder von CALAS (siehe Aktuelle Lage der Menschenrechte) bekannt zu geben.

Zudem führen wir als BeobachterInnen zu einem Frauentreffen von Menschenrechtsverteidigerinnen in Huehuetenango, die zur Zeit an Prozessen zur Verteidigung der Erde, des Landes und der natürlichen Ressourcen beteiligt sind.

3. AKTIVITÄTEN AUSSERHALB GUATEMALAS

Die regionalen Repräsentantinnen, das Koordinationsbüro des Projektes und andere Mitglieder des Projektkomitees und des Büros des Projektes, als auch die PBI-Ländergruppen pflegen Kontakte mit zahlreichen NROs, Länderregierungen und staatlichen Organisationen, ParlamentarierInnen usw. Die Treffen helfen, das sogenannte „Unterstützernetzwerk“ für das Projekt zu vergrößern und zu verstärken, ein unabdingbares Mittel für die Wirksamkeit der internationalen Präsenz von PBI in Guatemala.

Im August versandte das Koordinationsbüro des Projektes eine so genannte Alerta („Alarm“) an das UnterstützerInnennetzwerk außerhalb des Landes bezüglich der aktuellen Sicherheitsrisiken der Akteure, die an der Suche nach Gerechtigkeit für die während des internen bewaffneten Konfliktes begangenen Verbrechen beteiligt sind. Der Inhalt der Alerta ist auf der Internetseite abrufbar: www.pbi-guatemala.org unter folgendem Link abrufbar: <http://www.pbi-guatemala.org>.

Außerdem bereiteten wir im August in Koordination mit mehreren PBI-Gruppen aus verschiedenen europäischen Ländern eine Lobbyrundreise eines momentan von uns begleiteten Menschenrechtsverteidigers vor, die für September geplant ist.

Die Europarepräsentantin des Projektes hielt in Brüssel die Kontakte und regelmäßigen Gespräche mit Menschenrechtsorganisationen und sozialen Plattformen aufrecht.

PBI GUATEMALAPROJEKT

Team in Guatemala

3ª Avenida “A”, 3-51, Zona 1, Ciudad de Guatemala
Telefax: (+502) 2220 1032
equipo@pbi-guatemala.org
www.pbi-guatemala.org

Projektkoordination

Plaza Manuel Granero 9, Puerta 18, 46006 Valencia (España)
Telefon: (+34) 963 816 835
coordinación@pbi-guatemala.org

Deutsche Übersetzung

Guatemala AG c/o PBI Deutscher Zweig e.V.
guatemala@pbi-deutschland.de
www.pbi-deutschland.de